

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donnerst-
tag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinstp.
Zeile 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltl.) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

39. Jahrgang.

Nr. 34.

Sonnabend, den 19. März

1892.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

Montag, den 28. März 1892,

Nachmittags 3 Uhr

im Verhandlungs-Saale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.

Die Tagesordnung ist aus dem Anschlag in der Hausflur des amtsauptmannschaftlichen Dienstgebäudes zu ersehen.

Schwarzenberg, am 17. März 1892.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Krhr. v. Wirking.

Kr.

Öffentliche Sitzung der städtischen Collegien

Montag, den 21. März 1892, Abends 1/2 8 Uhr

im Rathhause.

Eibenstock, den 17. März 1892.

Der Stadtrath. Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Dr. Körner.

Richard Hertel.

Tagesordnung: Neuwahl eines 2. Vertreters der Stadt Eibenstock in der Bezirksversammlung.

4. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums

Montag, den 21. März 1892, Abends 8 Uhr

im Rathhause.

Eibenstock, den 17. März 1892.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Richard Hertel.

Tagesordnung:

- 1) Bekanntgabe der Zuschrift der hiesigen Oberforstmeisterei, den Sternflügelweg betreffend.
- 2) Vorlegung und Mitvollziehung der Reinschrift des Haushaltplanes.
- 3) Kenntnissnahme von dem Dankschreiben der Hinterlassenen des verstorbenen Herrn Commerzienrath Hirschberg.
- 4) Berathung und eventuelle Genehmigung des Regulativs über die Bebauung der Südstraße.
- 5) Neuwahl eines Stadtraths.
- 6) Eventuell weitere Eingänge.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Großbritannien ist uns in seiner industriellen, sozialen und politischen Entwicklung ein gutes Stück Weges voraus. Die Etappen, die es schon zurückgelegt hat, werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu machen haben. Schon aus diesem Grunde sind die Erscheinungen großen Stilles, die sich jenseits des Kanals einstellen, auch für uns von hohem Interesse.

Am 12. d. haben über 400,000 Bergarbeiter Englands ihre Arbeit niedergelegt. Abgesehen davon, daß ein Streik in solcher Ausdehnung selbst in England noch nicht vorgekommen ist, zeigt diese Arbeitseinstellung auch ein bisher noch nie aufgestelltes Ziel: die Einschränkung der Kohlenförderung zum Zwecke der Aufbesserung der Kohlenpreise. Die Führer der Bewegung erklären, der Streik sei nicht gegen die Bergwerksbesitzer gerichtet, sondern er bezwecke in erster Linie den ausschließlichen Einfluß auf die Preisbildung bei der Kohle zu brechen, den die Eisenbahn-, Gas- und anderen großen Industriegesellschaften ausüben. Diese Gesellschaften zahlten ihren Aktionären riesige Dividenden, während es den Bergwerksbesitzern und deren Arbeitern von Jahr zu Jahr schlechter gehe und manche Jochen gar keine Dividenden mehr zahlen könnten.

Die Kohlenpreise seien durch das Ueberangebot so gedrückt, daß viele kleine und große Jochen in gänzliche Abhängigkeit von ihren Abnehmern, den großen Industriegesellschaften, gerathen sind. Kurzum, nach Meinung der Streikführer würden zu viel Kohlen gefördert; darum wolle man die Arbeit einstellen, bis die Vorräthe aufgebraucht sind, und auch später nur fünf (oder gar vier Tage) in der Woche arbeiten, damit nicht wieder zu viel Kohlen gefördert und die Kohlenpreise für Bergwerksbesitzer und Arbeiter wieder einen lohnenden Verdienst ermöglichen.

Wenn beinahe eine halbe Million Arbeiter sich zu diesen Gesichtspunkten bekennen und ihnen — wie es in England der Fall ist — ein Streikfonds von rund 10 Millionen Mark zur Verfügung steht, so ist das eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Und außerdem klingt das, was die Streikführer anführen, ganz plausibel.

Aber die Bergwerksbesitzer trauen dem Frieden nicht. Sie scheinen an den Nutzen, der sich aus dem Streik für die ganze Kohlenindustrie ergeben soll, nicht zu glauben, und beharren deshalb darauf, daß die Arbeiter den fallenden Kohlenpreisen durch geminderte Lohnansprüche gerecht werden. Natürlich haben auch sie recht, denn die geplante Lohnherabsetzung verspricht ihnen jedenfalls einen sicheren Gewinn, während der Erfolg des Experiments, das die Bergleute machen, doch immerhin zweifelhaft ist. Wenn die englische Industrie bei steigenden Kohlenpreisen im Inlande Kohlen aus dem Auslande be-

züge, dann wären in England Unternehmer und Arbeiter geschädigt.

Nun hat aber die Vereinigung der Hafenarbeiter erklärt, daß sie während der Dauer eines Kohlenarbeiterstreiks in England fremde Kohlen nicht löschen würden. Darauf sollten aber die Streikenden nicht allzusehr bauen, denn die Dock- und Hafenarbeiter sind erst im vergangenen Jahre in einem Massenstreik unterlegen und es könnte daher leicht kommen, daß jetzt ihre Rufer im Streit keine Gefolgschaft fänden.

Es handelt sich bei diesem eigenartigen Streik für die Bergwerksbesitzer nicht nur um einen Mehrerer Minderverdienst, sondern vielmehr um die grundsätzliche Frage, ob sich die Arbeitgeber einen solchen Eingriff in ihre Dispositionen gefallen lassen sollen, wie er hier zur Ausführung gelangt ist. Fraglich ist es, ob die Bergarbeiter trotz ihrer enormen Zahl nicht doch ihre Kräfte überschätzt haben. Denn ihre 10 Millionen Streikfonds reichen doch allerhöchstens für drei Wochen. Immerhin ist man erklärlicherweise auch in Deutschland auf den Ausgang des Riesenkampfes sehr gespannt.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Zahl der aus allen Theilen des Reiches beim Reichstage eingehenden Petitionen um Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes wächst von Woche zu Woche. Ihr Gewicht würde indessen erheblich vermehrt werden, wenn sie Uebertreibungen oder geradezu unhaltbare Behauptungen vermeiden und dafür lieber greifbare Verbesserungsvorschläge machen wollten. An solchen fehlt es indessen nahezu ganz. Wo aber wenigstens ein Anlauf dazu genommen wird, erscheinen Vorschläge, die sich schon auf den ersten Blick als völlig unbrauchbar und undurchführbar herausstellen. Uebereinstimmend wird auf die große Verlastigung hingewiesen, die das Markenleben mit sich bringt. Aber kein einziges Gesuch kann in dieser Beziehung eine praktische Aenderung in Vorschlag bringen. Eine handgreifliche Uebertreibung ist es dagegen, wenn in einer Petition gesagt wird, daß die vom Gesetz erhoffte Erleichterung der Armenpflege in keiner Weise erreicht, wohl aber deren Belastung noch vergrößert werde, da die bisher von ihm unterhaltenen Personen meistens außerhalb des Rahmens dieses Gesetzes fielen und ihre Zahl durch die von demselben Gesetz geförderte Zunahme des Leichtsinns noch wachse. Das mag in vereinzelten Fällen und insbesondere am Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes zutreffen. In dieser Allgemeinheit ist es sicher nicht richtig, namentlich wird sich mit jedem Jahr ganz naturgemäß eine wachsende Erleichterung der Armenpflege herausstellen müssen, wie dies auch die Gegner

des Gesetzes, und diese sogar mit besonderem Nachdruck, erklärt haben. Sie behaupten bei den Reichstags-Erörterungen über diesen Entwurf geradezu, daß derselbe nicht viel mehr als eine veränderte und erweiterte Armenpflege darstelle. In der erwähnten Petition, die von einem landwirtschaftlichen Bezirksverein in Unterfranken herrührt, wird weiter auf die besonders drückende Belastung des mittleren u. kleineren Bauernstandes durch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz hingewiesen. Damit ist eine unleugbare Thatsache ausgesprochen. Wieviel man nun aber auch im Einzelnen gegen die eingegangenen Petitionen einzuwenden haben mag, im Ganzen geben sie ein getreues Bild von der wachsenden Unzufriedenheit weiter Bevölkerungsklassen mit belästigenden Bestimmungen des in Rede stehenden Gesetzes. Diese Thatsache kommt in dem soeben erstatteten Bericht der Petitionskommission deutlich und anschaulich zum Ausdruck. Es soll wohl auch vorwiegend zur Kenntniss der allgemeinen Stimmung dienen, wenn die Kommission den Vorschlag macht, sämtliche Petitionen dem Reichskanzler als Material für die demnächstige Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zu überweisen. Brauchbar ist, wie gesagt, das Material zu diesem Zwecke kaum. Aber es dürfte der Regierung zum Ansporn dienen, die Revision mit beschleunigter Geschwindigkeit vorzunehmen.

— In Bezug auf den Welfenfonds wird, wie die „Nationalzeitung“ zuverlässig erfährt, das Abfindungskapital von 16 Millionen Thaler bis zur Erzielung eines Einvernehmens behufs Sicherstellung dieser Ausgleichssumme in der Verwahrung des preuß. Staates bleiben, die Zinsen aber dem Herzog von Cumberland ausgezahlt werden. Es handelt sich also nur um die Aushändigung der Zinsen, nicht des Kapitals. Ebenso bleibt das Schloß Herrenhausen und die Domäne Calenberg so lange in der preussischen Verwaltung, bis der Herzog vom Cumberland auf die hannoversche Königskrone für sich und seine Erben ausdrücklich verzichtet.

— Die Festungsanlagen auf der Insel Helgoland sind soweit gediehen, daß Ende dieses Monats die erste Schießübung in See von der Insel aus mit Geschützen abgehalten werden kann. Die letzteren sind auf der Nordspitze aufgestellt, das Schussfeld ist Nord bis Nordwest.

— Ueber die Erschießung eines Militärsträflings auf der Eisenbahnfahrt in der Nähe der Station Fische der preussischen Ostbahn wird aus Königsberg i. Pr., 15. März, berichtet: Der Transport der beiden Soldaten, die von Magdeburg hierher zur Zwangsarbeit gebracht wurden, geschah durch einen Unteroffizier und zwei Gefreite. Ein Soldat erwies sich wiederholt renitent, versuchte schließlich dem Unteroffizier das Seitengewehr zu entreißen und die Koupéthür des in der Fahrt befindlichen Zuges